

Ralf Krämer, [www.ralf-kraemer.de](http://www.ralf-kraemer.de), [ralfkrae@web.de](mailto:ralfkrae@web.de)

Zum Marx200 Kongress der RLS, Berlin 04.05.2018

## **ArbeiterInnenklasse, Gewerkschaften und MarxistInnen heute – 5 Thesen**

1. In Deutschland haben wir es im Prinzip wie in England zu Marx' Zeiten mit einer bürgerlichen Gesellschaft zu tun, die durch kapitalistische Produktionsweise beherrscht wird. Dies bestimmt die Struktur und Entwicklungsdynamik der Gesellschaft. Kapitalistische Klassenverhältnisse beruhen auf der Konzentration des Eigentums an den wesentlichen Produktionsmitteln bei einer kleinen Minderheit der Gesellschaft einerseits, der „doppelten Freiheit“ der Lohnabhängigen andererseits. Diese sind einerseits persönlich rechtlich frei, andererseits frei von eigenen Produktionsmitteln und daher ökonomisch und sozial abhängig und gezwungen, zum Erwerb ihres Lebensunterhalts ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Der kapitalistische Arbeitsprozess produziert Mehrwert und ist damit ein Prozess der Ausbeutung, das gilt nicht nur für die Produktion stofflicher Güter, sondern ebenso für die marktbestimmten Dienstleistungen. Die ArbeiterInnenklasse stellt weiterhin und mehr denn je die ausgebeutete Klasse und die Mehrheit der Bevölkerung in den kapitalistischen Ländern dar. Etwa 90% der Beschäftigten und der Bevölkerung sind unmittelbar oder mittelbar lohnabhängig, plus etwa 5 Prozent Solo-Selbstständige in ähnlicher Lage, zur ArbeiterInnenklasse würde ich von der sozialökonomischen Lage her etwa 75 Prozent zählen. Ob sich die Menschen selbst so sehen und begreifen ist allerdings eine andere Frage.

Die gleichartige soziale Lage der Lohnabhängigkeit ist die Basis für die Artikulation gemeinsamer sozialer Interessen. Aber die Klasse ist in vielfältiger Hinsicht ausdifferenziert und von Spaltungslinien durchzogen: Handarbeit oder Kopfarbeit, Arbeit in Landwirtschaft, Industrie oder einem der Dienstleistungsbereiche, im privaten oder im öffentlichen Sektor, ArbeiterInnen oder Angestellte oder Beamte oder Scheinselbstständige oder Erwerbslose, Geschlecht, Herkunft und Migrationshintergrund, regionale, politische und religiöse Traditionen und Bindungen, Betriebsgröße, Branche, Kern- oder Randbelegschaft, im Normalarbeitsverhältnis oder Teilzeit oder befristet beschäftigt, Qualifikation, Einkommen und Arbeitsbedingungen, gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Tarifbindung, Mitbestimmungsstrukturen – in all diesen Aspekten unterscheiden sich die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen teils erheblich. Dazu kommen dann auf der Ebene der sozial-kulturellen Milieus und der politisch-ideologischen Lager weitere Ausdifferenzierungen, in denen sich unterschiedliche Stellungen im gesellschaftlichen Arbeitsprozess, soziale Lagen sowie sozialkulturelle Herkünfte und politische Bezüge und Traditionslinien niederschlagen. All dies hat Einfluss auf die Entwicklung der Gewerkschaften und bestimmt ihre konkrete Gestalt und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit. (Die Frage der Kräfteverhältnisse und ihrer objektiven und subjektiven Determinanten wäre ein wichtiger und umfangreicher Diskussionspunkt, spare ich mir jetzt hier aus Zeitgründen.)

2. Gewerkschaften sind als im Kern Selbstorganisation der Beschäftigten weiterhin die unmittelbaren Klassenorganisationen. Ihr Kern ist die Aufhebung der Konkurrenz der Lohnab-

hängigen untereinander und die gemeinsame und organisierte Vertretung ihrer Interessen in der Auseinandersetzung mit dem Kapital (und anderen „Arbeitgebern“). Gewerkschaftliche und politische Klassenkämpfe prägen die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften, wenn sie auch nicht als solche erscheinen und üblicherweise benannt werden. Die Gewerkschaften sind aber in den letzten Jahrzehnten schwächer geworden, in Deutschland sind kaum mehr als zehn Prozent der aktiv Arbeitenden gewerkschaftlich organisiert. Dennoch ist die Mitgliederstärke und die Verankerung unter den Lohnabhängigen und ihr Zugang zu ihnen und ihre reale Bedeutung für die Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen weit- aus größer als die aller Parteien und anderen Organisationen zusammen. Gewerkschaftliche Organisierung ist als Ausdruck mindestens rudimentären Klassenbewusstseins zu betrach- ten.

Und anders als all anderen Organisationen verfügen sie über eigene autonom einsetzbare Machtmittel durch die Mobilisierung der Beschäftigten zu Aktionen und insbesondere den Streik, die ökonomische Macht der Verweigerung der Arbeitsleistung, womit den Kapitalis- ten große ökonomische Schäden zugefügt werden und sie so zu Kompromissen genötigt werden können (und jeder – erfolgreiche – Streik endet normalerweise mit einem Kompro- miss). Sie sind damit auch eine bzw. die zentrale Machtbasis für jede Politik, die die Macht und Herrschaft des Kapitals begrenzen, zurückdrängen oder gar überwinden will. Wer das nicht begreift und entsprechend handelt, hat von Marx m.E. nicht viel verstanden.

3. Der gewerkschaftliche Kampf richtet sich aber in der Wirklichkeit nicht auf die Abschaf- fung des Lohnsystems, sondern auf bessere Bedingungen und Kampf gegen Zumutungen des Kapitals innerhalb des Systems: höhere und gerechtere Löhne, Begrenzung und Verkürzung der Arbeitszeiten, „gute Arbeit“ mit sozialem Schutz und gesundheitsverträglichen Bedin- gungen, Freiräumen und Mitbestimmung, Bildungschancen.

Marx' Haltung war hier auch problematisch, die Zuschreibung eines weitergehenden Zwecks und einer historischen Mission der Arbeiterklasse als Totengräber des Kapitalismus war nur begrenzt materialistisch begründet. Und als demokratische Organisationen setzen die realen Gewerkschaften sich ihre ggf. weitergehenden Ziele selbst. Marx war aber jederzeit auch in den Tageskämpfen innerhalb des Kapitalismus parteiisch auf Seiten der Lohnabhängigen und feierte etwa die gesetzliche Durchsetzung des 10-Stunden-Tags in England als Sieg der »poli- tischen Ökonomie der Arbeiterklasse«, nämlich der »Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht«, gegenüber »der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse [also der Bürgerlichen, des Ka- pitals] bildet« (Karl Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW 16, S. 118).

Politisch bedeutet das Reformismus statt Orientierung auf Revolution. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass kein erfolgreiches reales Modell einer revolutionären Alternati- ve zum Kapitalismus vorliegt. Das zentrale politische Projekt der Gewerkschaften und der ArbeiterInnenbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern insgesamt war und ist die Entwicklung und der Ausbau des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaats. Und das war bisher trotz

aller Probleme ein sehr erfolgreiches Projekt, das die Lebensbedingungen und Chancen von hunderten von Millionen Menschen grundlegend verbessert hat. Es beruhte wesentlich und v.a. da, wo es besonders weit entwickelt wurde (Skandinavien, West- und Mitteleuropa) auf einer Verbindung von starken Gewerkschaften und starken sozialdemokratischen (teils auch mit westlich-kommunistischen) Parteien, die Druck der Lohnabhängigen formierten und politisch wirksam machten (nicht nur in Regierung).

4. Es gibt einen ständigen Widerstreit zwischen Einheit und Spaltungen der Klasse, schon auf ökonomischen und gewerkschaftlichem Gebiet, und ständige Auseinandersetzung um die Ausrichtung der Interessenvertretung.

Schlimmer als ausgebeutet zu werden ist für die Lohnabhängigen im Kapitalismus nicht ausgebeutet zu werden, also erwerbslos zu sein. Daraus resultiert ein massives Interesse an einem möglichst guten Arbeitsplatz bzw. Beschäftigungsverhältnis und seiner Erhaltung und daraus ein Interesse an einer gedeihlichen Entwicklung des jeweiligen Unternehmens. Hartz IV und Co, also verschlechterte und repressiv ausgestaltete Absicherungen verstärken dies. Das ist die Grundlage für betrieblichen und branchenbezogenen und politischen Korporatismus bzw. Sozialpartnerschaftlichkeit auf allen Ebenen, zumal dies oft auch Kompromissstrukturen hervorbringt, in denen auch Interessen der Beschäftigten ein Stück weit berücksichtigt werden. Das ist also nicht nur eine ideologische Desorientierung, sondern begründet in den sozialen Verhältnissen selbst.

Es beinhaltet aber Spaltungstendenzen, Kernbelegschaften gegen Randbelegschaften, der eigene Standort, sei es der Betrieb, die Region oder die Nation, gegen andere, Förderung der eigenen Branche und entsprechender Politik. Es ist eine ständige Auseinandersetzung auch in den Gewerkschaften, demgegenüber die allgemeinen Interessen der gesamten Klasse in den Vordergrund zu stellen und zu vertreten. In Deutschland spielen die großen Unternehmen der Exportindustrie eine besonders starke Rolle und bestimmen erheblich die Wirtschaftspolitik des Staates, und häufig werden sie dabei von den ebenfalls besonders starken Gewerkschaften in diesen Industrien unterstützt, wenn auch verbunden mit eigenen Forderungen. Auf der anderen Seite sind die Gewerkschaften in den Dienstleistungssektoren und anders als in manchen anderen Ländern auch im Öffentlichen Dienst in Deutschland schwächer organisiert und weniger kampfkraftig (in den sozialen Dienstleistungen, insb. in Gesundheitswesen und Erziehung gibt es allerdings positive Entwicklungen). Die Dienstleistungsgewerkschaften sind dafür und deswegen mittlerweile stärker politisch fortschrittlich ausgerichtet und setzen sich stärker für den Ausbau des Sozialstaats, gesetzlicher Regulierung des Arbeitsmarktes (Mindestlohn, Allgemeinverbindlichkeit...) und für gerechtere Verhältnisse und Steuerpolitik ein, woran die Industriegewerkschaften weniger Interesse zeigen.

Das politische Mandat der Gewerkschaften ist unzureichend ausgeprägt. Zum einen ist es nicht das „Kerngeschäft“, sondern das ist Tarifpolitik, Betriebspolitik sowie Beratung und Unterstützung für einzelne Mitglieder. Politische Aktionen und mehr noch politische Bildung und Aufklärung spielen eine Nebenrolle. Zum anderen haben wir in Deutschland parteipoli-

tisch unabhängige Einheitsgewerkschaften, hauptsächlich zusammengeschlossen im DGB, daneben gibt es die (eher konservativ orientierten) Gewerkschaften im Beamtenbund, in denen auch Tarifbeschäftigte organisiert sind, und einige sog. christliche und „gelbe“ Gewerkschaften, die aber wenig relevant sind (außer für Dumpingtarifverträge). Die Einheitsgewerkschaft wird auch von den MarxistInnen und Linken in Deutschland unterstützt. Diese setzen sich dafür ein, dass die Gewerkschaften ein eigenständiges politisches Mandat im Sinne konsequenter Vertretung sozialer und politischer Interessen der Lohnabhängigen ohne Rücksicht auf einzelne Parteien wahrnehmen. Faktisch gibt es aber immer noch eine historisch bedingte Verbindung und starke Position der Sozialdemokratie in den Gewerkschaftsorganisationen und daraus resultierende Rücksichtnahmen und Anpassungen, die dem nicht selten entgegenstehen. Und es gibt eine taktisch vorsichtige und eher auf Lobbying und informelle Einflussnahme gerichtete Praxis gegenüber den jeweils regierenden Parteien auf Grundlage des genannten korporatistisch-sozialpartnerschaftlichen Herangehens sowie eine mangelnde Klarheit in der Auseinandersetzung und Opposition gegen den Neoliberalismus.

5. Ein zentrales Problem für die arbeitenden Klassen und die Gewerkschaften weltweit ist die kapitalistische Internationalisierung bzw. konkret die neoliberale „Globalisierung“ und hierzulande im speziellen die neoliberale EU-Integration. Hintergrund ist ein ökonomischer Prozess der fortschreitenden und vertieften internationalen Verflechtung des Weltmarkts und von transnationalen Konzernen organisierter weltweiter Produktionsnetzwerke und Wertschöpfungsketten. Das hat die Regulierungsmöglichkeiten der Nationalstaaten eingeschränkt. Aber das ist weniger als die halbe Wahrheit. Neoliberale Globalisierung, die Liberalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte, der Abbau von tarifären und nichttarifären Beschränkungen des Handels und Dienstleistungsverkehrs, ist ein Klassenprojekt im Interesse des international operierenden Industrie-, Handels- und Finanzkapitals. Moderne Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, die Entwicklung der EU spätestens seit dem Maastricht-Vertrag und der „Krieg gegen den Terror“ markieren neue Formen eines zunehmend autoritären neoliberalen Kapitalismus und Imperialismus, der demokratische Gestaltungsmöglichkeiten einschränkt.

Dennoch gibt es nicht einfach eine „kapitalistische Weltökonomie“, sondern die Weltwirtschaft ist ein System miteinander verflochtener Nationalökonomien, die sich auf jeweils sehr unterschiedlichem Niveau und mit unterschiedlicher Dynamik entwickeln. Kapitalistische Globalisierung bedeutet auch keineswegs, dass die Nationalstaaten fortschreitend an Bedeutung verlieren. Im Gegenteil: Es sind die entwickelten kapitalistischen Staaten, die als Subjekte der internationalen Politik, einschließlich ihrer militärischen Formen, diese Entwicklung vorantreiben. Und es ist so, dass sich die gesellschaftlich und politisch relevante Formierung der sozialen Klassen, konkret der ArbeiterInnenklassen, weiterhin im Rahmen der einzelnen Gesellschaften und Staaten vollzieht. Also in dem gesellschaftlichen und staatlichen Raum, in dem reale Gemeinsamkeiten der ökonomischen, sozialen, politischen und rechtlichen Lebensbedingungen und Verhältnisse sowie der Sprache, Medien und Kultur die Grundlage und den Rahmen dafür bieten und in dem auch gemeinsame Gegner und Adressaten für Forderungen bestehen. Hier bestehen und entwickeln sich auch die gewerkschaftlichen und

politischen Organisationen der ArbeiterInnenklasse, ihre internationalen Zusammenschlüsse sind faktisch wenig relevant.

Die gesellschaftlich „normalen“ Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, insbesondere auch der normale Wert der Ware Arbeitskraft und damit des Lohnniveau, prägen sich weiterhin dominant auf der nationalstaatlichen Ebene aus. Das gilt insbesondere auch für die Sozialstaaten, soweit es sie gibt. Diese beziehen sich immer auf die Menschen, die auf dem Territorium dieser Staaten leben. Diesen werden soziale Leistungen geboten, diese werden auch zur Finanzierung herangezogen. Es wäre daher eine krasse Fehlorientierung, sich gegen den „nationalen Sozialstaat“ zu wenden, denn einen anderen gibt es nicht. Es kommt vielmehr darauf an eine Politik zu entwickeln, die den Sozialstaat gegen Marktliberalisierung und Privatisierung verteidigt und den damit verbundenen Fortschritt der sozialen Lebensbedingungen und Sicherheiten der Lohnabhängigen schützt gegen Angriffe des Kapitals und der Neoliberalen, und ihn zugleich als Grundlage für Solidarität und Integration auch für Einwandernde entwickelt. International muss es darum gehen, Solidarität und Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der Lohnabhängigen zu organisieren, für die jeweiligen nationalen Kämpfe und international für den Vorrang sozialer Rechte und Regulierungen vor den Freiheiten des Kapitals (insb. im EU-Binnenmarkt und bei internationalen Abkommen) sowie möglichst hohe soziale Mindeststandards, die sich aber auf die jeweils nationalen Einkommensniveaus beziehen.

Schlussbemerkung: Wer sich ernsthaft auf Marx bezieht, darf m.E. nicht nur eine beobachtende und kommentierende Haltung zur Welt einnehmen, sondern muss sie verändern wollen. Ausgangspunkt ist dabei eine klare Parteilichkeit für die arbeitenden und die sozial benachteiligten Menschen und Klassen, hierzulande und weltweit. Nicht für abstrakte Prinzipien, sondern für die wirklichen, lebenden Menschen. Meinetwegen mag man das „Arbeiterbewegungsmarxismus“ nennen, ich sehe das als einen positiven Begriff. Linke Theorie wird nur „zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“ (MEW 1, S. 385), oder mindestens indirekt ihren Handlungen Orientierung gibt. Nur eine Wissenschaft, die sich mit den Interessen und Kämpfen der arbeitenden Mehrheit der Menschen verbindet, kann einen Beitrag zu einer sozialen Umgestaltung der Gesellschaft und perspektivisch zur Überwindung des Kapitalismus leisten.